Verteidigungsministerium

## Die Berater-Armee

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) lässt sich das Fachwissen externer Unternehmensberater einiges kosten. Am Mittwoch gab der Haushaltsausschuss den ersten Teil eines 100-Millionen-Euro-Budgets für eine regelrechte Berater-Armee frei, die den Rüstungseinkauf des Ministeriums effizienter machen soll. Mit dem bisher größten Etat eines Bundesministeriums für Experten von außen wollen von der Leyen und Staatssekretärin Katrin Suder, früher selbst Partnerin beim Beratungsriesen McKinsey, Großvorhaben wie den Kauf von Kriegsschiffen oder Kampfjets von Externen statt den eigenen Beamten abwickeln lassen. Laut einer internen Vorlage für die Hausleitung belaufen sich dabei die Jahreskosten für nur einen der Experten des ausgewählten Unternehmens Ernst & Young dabei auf allein 185 402 Euro. Für einen Mitarbeiter von KPMG kalkuliert das Ministerium für „200 Arbeitstage mit je 8,2 Stunden“ pro Jahr sogar 239 071 Euro ein, dazu kommen noch Reisekosten. Ein hauseigener Rüstungsfachmann kostet das Ministerium im Vergleich maximal nur rund 110 000 Euro. Von der Leyen verteidigt das Vorhaben stets damit, dass im Haus und in dem zuständigen Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr rund 1400 Stellen gar nicht besetzt seien. Der grüne Haushaltsfachmann Tobias Lindner fordert hingegen, die Ministerin solle die vielen Millionen lieber für einen nachhaltigen Kompetenzaufbau im eigenen Ressort einsetzen. „Bei den enormen Kosten könnte man glatt auf die Idee kommen, gleich die Spitze des Verteidigungsministeriums durch Unternehmensberater zu ersetzen“, spottet er. mgb

MAJA HITIJ / PICTURE ALLIANCE / DPA

Von der Leyen

Terrorismus

## Bundeskriminalamt überlastet

Die vielen Ermittlungsverfahren wegen Terrorverdacht und die Einsätze zum Personenschutz überfordern das Bundeskriminalamt (BKA). „Wir können Fälle, die wir früher bearbeitet hätten, zunehmend nicht mehr von den Ländern übernehmen“, sagt ein Beamter. Seit 2013 hat sich die Zahl der Verfahren mehr als verdoppelt, auf 780 mit insgesamt mehr als 1000 Verdächtigen. Wegen der „besonderen Sicherheitslage“ könne er anders als vorgeschrieben den Beamten Überstunden nicht durch Freizeit ausgleichen, klagt BKA-Präsident Holger Münch. In zwei Briefen an das Bundesinnenministerium hat er darum gebeten, die Fristen für den Ausgleich zu verlängern oder die Mehrarbeit zu bezahlen. 2016 wurden dem BKA neue Stellen bewilligt, doch dauert es Jahre, bis die neuen Ermittler eingestellt und ausgebildet sind. Auch die Bundesanwaltschaft schiebt aus Personalmangel zunehmend Fälle nach unten ab. Im Januar hatte Generalbundesanwalt Peter Frank in einem Brandbrief an die Länder um Hilfe gebeten. aul, bas, fis

Landwirtschaft

## Kälbchen im Todeskampf

Zehntausende ungeborener Kälber verenden jämmerlich auf den Schlachthöfen in den Leibern ihrer getöteten Mütter. Das ergab der Zwischenbericht eines Forschungsprojekts, das Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) in Auftrag gegeben hat. Demnach waren im Zeitraum von 19 Monaten 2,2 Prozent von 205 421 untersuchten geschlachteten Kühen trächtig, berichten die Wissenschaftler in einem Fachjournal. Hochgerechnet auf die Zahl von 1,85 Millionen Kühen, die 2016 geschlachtet wurden, bedeutet das: Rund 40 000 Föten sterben im Mutterleib nach minutenlangem Todeskampf. „Die Kälber ersticken qualvoll, wenn das Muttertier durch Entbluten stirbt“, sagt der Grünen-Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff. Er kritisiert die Massenproduktion: „Minister Schmidt muss sich von der Exportorientierung abkehren, denn Billigproduktion zu Weltmarktpreisen ist mit Tierschutz nicht vereinbar.“ msc

WEISFLOG.NET

Mindestlohn

## Betriebe streichen Praktikumsplätze

Mehr Geld im Praktikum, aber weniger Auswahl: Für Studierende hatte der gesetzliche Mindestlohn spürbare Auswirkungen, zeigt eine Studie, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gemeinsam mit dem arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft herausgibt. Nachdem die Lohnuntergrenze im Jahr 2015 eingeführt wurde, haben die Unternehmen in Deutschland demnach von rund 301 000 Praktikumsplätzen bis zu 53 000 gestrichen. Jedes sechste Unternehmen gab an, Praktikumsplätze abgebaut zu haben. Das betrifft vor allem längere Aufenthalte; der Mindestlohn gilt in der Regel nur für freiwillige Praktika ab drei Monaten. Die Unternehmen gaben für studentische Praktika 2015 knapp eine Milliarde Euro aus – fast doppelt so viel wie noch 2012. Positiver Effekt für Studierende: „eine deutlich höhere Vergütungssumme für Praktikanten“. cos



Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel